



## Kürzere Planungszeiten

Bauen in Deutschland soll einfacher werden. Das gilt insbesondere für die Verkehrsinfrastruktur. Im Osten des Landes sind gute Erfahrungen mit kürzeren Planungsverfahren gemacht worden, ohne dabei den Umweltschutz und die Bürgerbeteiligung einzuschränken. Das bisher ausschließlich im Osten geltende Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz läuft Ende des Jahres aus. In einem ersten Schritt wird dieses Gesetz über das Jahr 2005 hinaus verlängert.



### Vereinfachte Planung für Infrastrukturvorhaben

Gleichzeitig wird von der schwarz-roten Koalition ein weitergehendes Planungsbeschleunigungsgesetz eingebracht, das mit weiteren Verbesserungen dann für ganz Deutschland gelten soll.

Dieses wird die verlängerte Einzelregelung für die neuen Länder so schnell wie möglich ablösen. „Unsere Ziele sind klar: Wir wollen die Planungszeiten um ein Drittel verkürzen. Deshalb sollen künftig Einzelne die Planung nicht mehr in vielen Gerichtsinstanzen unnötig verzögern können. Auch für Umweltverbände gilt dann die gleiche Einspruchsfrist wie für jeden Bürger. Dazu wird es noch weitere Verbesserungen geben. Mit diesem Paket werden wir wichtige Infrastrukturprojekte demnächst im Schnitt um zwei Jahre beschleunigen können“, unterstrich Verkehrsminister Tiefensee.

### Verkürzung des Instanzenweges

Für besonders wichtige Infrastrukturvorhaben soll fortan in ganz Deutschland nur das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in erster und letzter Instanz zuständig sein. Die Verkürzung des Instanzenweges wird für solche Projekte genutzt, die als Verkehrsprojekt Deutsche Einheit, als Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen oder ihre seewärtige Zufahrt, als Vorhaben mit internationalem Bezug (EU-Erweiterung) oder zur Beseitigung besonders gravierender Verkehrsengpässe von besonderer Bedeutung sind. „Vor allem mit der Verkürzung des Instanzenweges haben wir in den neuen Ländern bereits gute Erfahrungen gemacht“, so Verkehrsminister Tiefensee.

### Zügige Entscheidungen wichtig

Damit sollen die heute geltenden Vorschriften zur Planung des Baus und der Änderung von Bundesfernstraßen, Eisen-

bahnanlagen, Bundeswasserstraßen und Flughäfen auch an die Anforderungen des erweiterten europäischen Binnenmarktes angepasst werden. Deutschland kommt mit der Erweiterung noch stärker als bisher die Rolle eines bevorzugten Standortes für Logistikdienstleister, Industrie und Mittelstand, sowie eines Transitlandes zu. Es ist daher in besonderem Maße auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Deshalb sind transparente, berechenbare und zügige Entscheidungsprozesse im Interesse des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

### Weitere Vereinfachungen

Darüber hinaus greift der vorliegende Gesetzentwurf zahlreiche weitere von der Planungspraxis aufgeworfene Probleme auf und setzt die entsprechenden Detaillösungen zur Vereinfachung, Beschleunigung und Stabilisierung der Planungsprozesse für den Verkehrsbereich um.